

AKB

Nur nachhaltige Kredite: Schreitet nun der Regierungsrat ein?

Aus der Wirtschaft hagelt es immer heftigere Kritik. Das, weil die Aargauer Kantonalbank (AKB) letzten Donnerstag bekannt gab, dass sie gewissen Unternehmen keine Kredite mehr vergibt. Die Wirtschaftsverbände sind mit dem Entscheid nicht zufrieden. Muss nun die Regierung eingreifen?

31. Januar 2022, Quelle: ArgoviaToday

Ausgerechnet in einem Kanton, in dem das Energiegesetz und das CO₂-Gesetz abgelehnt wurden und zudem noch drei Atomkraftwerke stehen, will die Kantonalbank nur noch nachhaltige Firmen finanzieren. Vor allem beim Aargauischen Gewerbeverband und der Industrie- und Handelskammer (AIHK) sorgt die neue Strategie der Aargauer Kantonalbank für grosse Unzufriedenheit und Kopfschütteln: «Das sind teilweise innovative Unternehmen oder kleine Betriebe, die auf diese Kredite angewiesen sind. Wenn die nicht mehr ausbezahlt werden, dann ist das nicht gut», so Beat Bechtold, Direktor der AIHK.

«Eine Bank für alle»

Gerade eine Bank, die eine 100 Prozentige Staatsgarantie hat, dürfe nicht einfach gewisse Betriebe ausschliessen. Laut Dieter Widmer, Direktionspräsident der AKB, ist man jedoch trotz dieses Entscheides weiterhin eine Bank für alle: «Wir sind an erster Stelle eine Bank für die Aargauerinnen und Aargauer. Nur wenige Bereiche werden ausgeschlossen. Viele haben einen Umsatzanteil. Falls jemand also Schnaps produziert, wird er nicht per se ausgeschlossen.» An diesem Punkt würde dann die 20 Prozent-Schwelle zu tragen kommen. «Das betrifft nur wenige Unternehmen im Kanton Aargau», so Widmer.

Wirtschaftsverbände wollen Regierung einschalten

Laut der Bank dürfen Unternehmen kein neues Atomkraftwerk mehr bauen oder fossile Rohstoffe fördern. Auch die Kreditvergabe von Casinos oder Tabakprodukten wird eingeschränkt. Für die Wirtschaftsverbände ist klar, dass diese Strategie überarbeitet werden muss. Sie fordern sogar den Regierungsrat auf, dass er die neue Kreditregeln stoppen soll. Doch Regierungsrat Markus Dieth als Aargauer Finanzdirektor, winkt ab: «Wir mischen uns als Regierung nicht ins operative Geschäft ein. Das steht uns nicht zu und ist auch vom Gesetz nicht vorgesehen.»

Die Bedenken der beiden Wirtschaftsverbände nimmt der Finanzdirektor jedoch nicht auf die leichte Schulter: «Ich habe einen runden Tisch einberufen, bei dem die Verbände, der Volkswirtschaftsdirektor und ich zusammensitzen. Zusammen mit der AKB kann so die Situation beurteilt werden.» Der Kanton Aargau hofft, dass die Diskussion zu einer nachhaltigen Lösung führt.

(red.)